

**Postulat Müller Pius und Mit. über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz**

eröffnet am 21. Juni 2021

Der Regierungsrat wird aufgefordert, den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz zu stoppen und die damit verbundenen Arbeitsplätze in Sursee zu belassen.

Begründung:

Gemäss § 13 der Luzerner Kantonsverfassung hat die Aufgabenerfüllung bevölkerungsnah, wirksam und kostenbewusst zu erfolgen. In Absatz 2 ist festgelegt, dass der Kanton Luzern seine Aufgaben dezentral erfüllt, wenn sie sich dafür eignen und es der wirtschaftliche Einsatz der Mittel erlaubt. Mit dem Umzug der Dienststelle Lawa an den Seetalplatz sind die Vorgaben von § 13 der Kantonsverfassung nur noch teilweise erfüllt. Sursee nimmt als wirtschaftliches und kulturelles Regionalzentrum im Mittelland und als Dienstleistungsstandort wichtige Funktionen für den Kanton ein (Y-Achse). Der Umzug der Dienststelle nach Sursee, der noch nicht so lange her ist, erfolgte unter der Würdigung dieser Aufgabe der Stadt Sursee. Er wurde auch medial mit Stolz kommuniziert. Die nun vorliegende Massnahme steht diesem Ansinnen komplett entgegen. Aus Sursee als zweitem Regionalzentrum des Kantons sollten keine Dienststellen zentralisiert werden.

Der Umzug ist jedoch auch sachlich nicht gerechtfertigt. Die Dienststelle Lawa hat mehr Bezugspunkte mit der Landschaft. Es ist auch vor diesem Hintergrund richtig, die Dienststelle Lawa in Sursee zu belassen.

Müller Pius

Hartmann Armin

Lüthold Angela

Thalmann-Bieri Vroni

Steiner Bernhard

Arnold Robi

Gisler Franz

Winiger Fredy

Ursprung Jasmin

Keller Daniel

Frank Reto

Graber Toni

Meyer-Huwyler Sandra

Zanolla Lisa

Knecht Willi

Luzern, 2. November 2021

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT**P 639**

Nummer: P 639
Eröffnet: 21.06.2021 / Finanzdepartement
Antrag Regierungsrat: 02.11.2021 / Ablehnung
Protokoll-Nr.: 1285

Postulat Müller Pius und Mit. über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz

Wir verweisen mit unserer Antwort einerseits auf die Postulat Müller Pius und Mit. über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz (A 563) sowie auf die Postulat Müller Pius und Mit. über den Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz (A 635). Der Umzug der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) an den Seetalplatz wird nicht wie vom Postulanten ausgeführt zu einem Verlust an Kundennähe führen. Kundennähe ist nicht primär eine Frage des geographischen Standorts einer Dienststelle, sondern des Umgangs mit den relevanten Anspruchsgruppen und ihren Anliegen. Die Dienstleistungen der Dienststelle Lawa und der Austausch mit Kundinnen und Kunden erfolgen nur zu einem kleinen Teil am Standort der Dienststelle selbst. Der überwiegende Teil erfolgt telefonisch, digital oder vor Ort bei den Kundinnen und Kunden. Neben den rund 4500 Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern von Landwirtschaftsbetrieben gehören unter anderem rund 11'000 Waldeigentümerinnen und -eigentümer, 3500 Fischerinnen und Fischer, 2500 Jägerinnen und Jäger sowie Verbände, Vereine und Gemeinden zu den Anspruchsgruppen der Dienststelle Lawa. Diese Anspruchsgruppen sind nicht auf den Raum Sursee beschränkt, sondern über den ganzen Kanton verteilt. Der Umzug an den Seetalplatz beeinträchtigt die Nähe zu den Kundinnen und Kunden daher nicht. Hingegen werden Austausch und Zusammenarbeit mit den übrigen Dienststellen und Departementen erleichtert, wovon auch die Kundinnen und Kunden profitieren. Gerade auch die Pandemie hat bewiesen, dass eine gute Unterstützung der Kundinnen und Kunden nicht direkt von der Vorortpräsenz in Abhängigkeit steht. Vielmehr stehen das Dienstleistungsangebot und die Erreichbarkeit im Vordergrund.

Der Wegzug der Dienststelle Lawa schwächt die Stadt und die Region Sursee nicht. Sursee nimmt als wirtschaftliches und kulturelles Regionalzentrum im Mittelland und als Dienstleistungsstandort auch ohne die Dienststelle Lawa wichtige Funktionen für den Kanton wahr. Entsprechend unterstützen wir den zweiten Wirtschaftsmotor des Kantons auch weiterhin massgeblich. So zum Beispiel aktuell mit der Unterstützung des geplanten Ausbaus des zweitwichtigsten Verkehrsknotenpunktes:

- Velostation Sursee: Die geplante neue unterirdische Velostation mit rund 1050 Abstellplätzen ersetzt den heutigen oberirdischen, nördlichen Velounterstand. Die Kosten für die Velostation belaufen sich auf rund 9,5 Millionen Franken. An diesen Kosten beteiligt sich der Kanton Luzern mit 1,3 Millionen Franken.
- Bushub inklusive Bahnhofplatz: Das zentrale Element des Bushubs Bahnhof Sursee sind acht Haltestellen auf der Mittelinsel. Die behindertengerechten Haltekanten mit einer Höhe von 22 cm sind mit einem lichtdurchlässigen Dach vom Wetter geschützt.

Die Kosten für den Bushub inklusive Bahnhofplatz belaufen sich auf rund 12 Millionen Franken. An diesen Kosten beteiligt sich der Kanton Luzern mit voraussichtlich rund 8,5 Millionen Franken. Die Berechnungen bezüglich Beteiligung des Kantons sind noch nicht definitiv abgeschlossen, weshalb sich der Betrag noch verändern kann.

Weitere Beispiele, wo in letzter Zeit in Sursee Umbauten erfolgten oder solche in Planung sind:

- Erweiterung Kantonsschule,
- Erweiterung Berufsbildungszentrum Wirtschaft, Informatik und Technik,
- Erweiterung Berufsbildungszentrum Natur und Ernährung,
- Erweiterung Berufsbildungszentrum Gesundheit und Soziales,
- Erweiterung Zentrum für Brückenangebote Sursee.

Es gehört zu unseren Aufgaben – gerade im Hinblick auf die Digitalisierung – die Erstellung von Dienstleistungen zu überprüfen und zu optimieren. So kann es punktuell zu Verlagerungen von Standorten kommen, was inhaltlich wie auch wirtschaftlich Sinn macht. So sollen beispielsweise in Sursee die Führerprüfungen mit einem neuen Standort gestärkt werden.

Wir planen, in der Region Sursee sowie in den anderen Regionen des Kantons (Sursee, Hinterland, Seetal und Entlebuch) sogenannte Hubs zu errichten. Das heisst, die Mitarbeitenden aller Dienststellen sollen – analog zur neuen Arbeitsweise im Verwaltungsgebäude am Seetalplatz – die Möglichkeit haben, auch in den Regionen arbeiten zu können. So gehen in den Regionen die kantonalen Arbeitsplätze nicht verloren, sondern werden einer flexiblen Nutzung zugeführt. So können – wenn dies angezeigt ist – auch Besprechungen zu verschiedenen Themen in den einzelnen Regionen und damit näher bei den Gemeinden sowie bei den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden. Dies ermöglicht auch der Dienststelle IAWA eine Nähe zur Landwirtschaft in allen Regionen unseres Kantons.

Im Sinn dieser Ausführungen beantragen wir Ihnen, das Postulat abzulehnen.